

«Das war ein Paukenschlag!»

Schwacher Eurokurs hin, ausbleibende Touristen her: Die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner greift der Wirtschaft nicht unter die Arme. Sie wolle einen kühlen Kopf bewahren – und denkt über ein Sparprogramm nach.

Mit Barbara Janom Steiner sprach Reto Furter

Frau Janom Steiner, der Januar könnte zu einem rabenschwarzen Monat werden, nach dem Entscheid der Nationalbank, den Franken nicht mehr künstlich billig zu halten.

Barbara Janom Steiner: Das war ein Paukenschlag! Wir stecken in einem schlechten Winter, wenigstens vorläufig. Hoffentlich kommt jetzt wenigstens noch der Schnee.

Graubünden setzt auf den Tourismus, auch mangels Alternativen natürlich – und das Klumpenrisiko wird vom latenten zum akuten Problem.

Das muss man relativieren, es macht wenig Sinn, jetzt auf Panik zu machen. Der Entscheid der Nationalbank trifft Graubünden als Tourismuskanton natürlich sehr hart. Der Tourismus ist unser wichtigstes Standbein, unsere Gäste kommen zum grossen Teil aus dem Euroraum. Wir wissen aber noch nicht, wie sich der Markt verhält, wie sich der Euro-Franken-Wechselkurs entwickelt beziehungsweise auf welcher Höhe er sich einpendeln wird.

«Wenig Sinn, jetzt auf Panik zu machen»

Angenommen, der Franken koste der-einst einen Euro. Wie viel fehlt dann in der Kantonskasse, weil weniger Steuern bezahlt werden?

Das kann ich jetzt noch nicht beurteilen. Der Kanton besitzt keine währungsabhängigen Finanzanlagen auf dem Markt. Die Auswirkungen sind, wie Sie sagen, somit «nur» indirekter Art: Die Steuereinnahmen könnten rückläufig werden. Wenn es dem einheimischen Gewerbe und dem Tourismus schlechter geht, müssen wir mit Steuerausfällen rechnen. Eine Prognose, wie hoch diese sein werden, wage ich jetzt aber nicht.

Fehlen 20, 30, 40 Millionen Franken jährlich – oder viel mehr?

Es ist verfrüht, jetzt von Zahlen zu sprechen. Es kommt auf die wirtschaftliche Entwicklung im In- und Ausland sowie auf den Wechselkurs an.

Aber Ihr Budget für 2015 ist überholt, das ist sicher.

Nein, im laufenden Jahr profitieren wir noch von hohen Steuereinnah-

men und dürfen mit der Gewinnausschüttung der Nationalbank rechnen, die laut dem Nationalbankpräsidenten dennoch erfolgt – offen ist nur die Grössenordnung. Die Kantone und der Bund erhalten gesamthaft eine Milliarde Franken Gewinnausschüttung, für Graubünden fallen 16,3 Millionen Franken an. Und über die zusätzliche Ausschüttung, wie sie vorgesehen ist, werden wir uns auch unterhalten. Das wären dann möglicherweise noch einmal 16,3 Millionen Franken. 2015 dürfte die Rechnung demnach besser ausfallen als budgetiert. Hingegen ist für 2016 davon auszugehen, dass es einerseits keine Ausschüttung geben wird und dass wir andererseits aufgrund des Entscheids vom Donnerstag Steuerausfälle zu verzeichnen haben. Das Budget 2015 macht mir demnach nicht allzu grosse Sorgen. Aber was kommt danach?

Dass Sie das zusätzliche Geld der Nationalbank so schnell brauchen könnten, hätten Sie wohl nicht gedacht?

Nein. Der Entscheid war absolut überraschend.

Wurden Sie vorgewarnt?

Nein, es war ein überraschender Entscheid, auch für die Finanzdirektoren. Es war aber absehbar, dass der Entscheid, den Euro nicht mehr zu stützen, irgendwann gefällt werden würde. Die Fixierung des Kurses auf 1.20 Franken war temporär, auch wenn sie dreieinhalb Jahre lang dauerte. Mittlerweile hatte man sich daran gewöhnt und dabei wohl vergessen, dass diese Anbindung irgendwann aufgehoben wird.

Die 16,3 Millionen Franken könnte man als sofortige Stützhilfe für den Bündner Tourismus verwenden.

Nein. Die Gewinnausschüttung der Nationalbank ist ein ausserordentlicher Ertrag, der in die Staatskasse fliesst. Diesen Ertrag brauchen wir, um das budgetierte Defizit zu reduzieren. Es ist keine Option, dass man diese Gelder jetzt für irgendwelche Projekte einsetzt. Im Rahmen des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes wird man sich aber darüber unterhalten, wie man die 80 Millionen Franken, die der Grosse Rat für die Wirtschaftsförderung einsetzen will, im Lichte des Nationalbank-Entscheides allenfalls auch für Stützprogramme im Tourismus verwenden kann.

Kurzfristig hilft der Kanton dem Tourismus aber nicht?

Nein, kurzfristiger Aktivismus ist nicht angezeigt. Diese Frage wird sicher im Rahmen des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes behandelt.

Der Hotelier in Disentis, dem die deutschen Touristen jetzt die Ferien absagen, steht im Regen? Der kann kurzfristig nicht auf den Kanton hoffen?

Das ist so.

Der muss seine Mitarbeiter entlassen oder die Reserven aufbrauchen?

Wir hoffen, dass dies nicht notwendig wird.

Aus Bündner Sicht müssten Sie den Beitritt zum Euroraum fordern. Dann würden Ferien bei uns billiger und die Exportwirtschaft würde massiv gestärkt. Vielleicht ja, das ist aber kaum ein realistischer Lösungsansatz. Ein solcher Entscheid wäre kurzfristig und poli-

tisch gar nicht möglich und hätte andere schwerwiegende Konsequenzen.

Es könnte einsam werden hier. Wenn nicht nur die Finanztouristen aus Deutschland wegen des Informationsaustausches nicht mehr kommen, sondern auch die Skitouristen nicht mehr. Wir dürfen nicht schwarzmalen. Der Tourismus steht vor einer Herausforderung, die Exportwirtschaft ebenfalls, klar. Aber jetzt müssen wir einen kühlen Kopf bewahren. Einerseits bleibt abzuwarten, ob auf nationaler Ebene allenfalls wirtschaftspolitische Massnahmen ergriffen werden. Andererseits wird sich der Bündner Tourismus darüber Gedanken machen müssen, wie er sich besser auf dem Markt positionieren kann.

«Vielleicht zu stark auf Tourismus ausgerichtet»

Experten rechnen mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Und in Graubünden?

Es gibt diese Befürchtungen für die Exportwirtschaft und für den Tourismus, aber es ist einfach zu früh, um klare Aussagen zu machen. Graubünden wird hart getroffen, einerseits. Andererseits kann die Exportwirtschaft ihre Rohstoffe aus dem EU-Raum jetzt noch günstiger beziehen.

Die Exportwirtschaft schon, klar. Und der Engadiner Hotelier bezieht sein Fleisch in Zukunft aus Italien?

Das ist wohl kaum eine Lösung im Gesamtinteresse des Kantons, würde davon doch unsere Landwirtschaft negativ betroffen.

Da nützen dann auch die Schneekanonen nicht mehr viel. Und auch nicht die schöne Landschaft, wenn sie unbezahlbar wird für die Touristen.

Wir sind vielleicht zu stark auf den Tourismus ausgerichtet und müssen uns überlegen, ob wir uns auch anders, mit einem weiteren Standbein, positionieren können. Diese Diskussion müssen wir führen. Auch müssen wir über die touristische Fokussierung auf den Euroraum diskutieren.

Der Schutzschild der Nationalbank hat in den letzten dreieinhalb Jahren für stabile Verhältnisse gesorgt. Haben die Bündner Betriebe den sicheren Hafen wenigstens genützt, um sich für die Zu-

kunft fit zu rüsten? Oder sind einfach die Gewinne dieser Betriebe und damit die Steuereinnahmen des Kantons gestiegen?

Das kann ich so pauschal nicht beantworten, ich hoffe, dass sich die Betriebe entsprechend gerüstet haben. Ich befürchte aber, dass man sich an den Schutzschild gewöhnt hat. Die Wirtschaft hatte aber genug Zeit, um sich darauf einzustellen, dass die Kursfixierung wieder aufgehoben würde. Ob sich auch der Tourismus genügend darauf eingestellt hat, lasse ich im Moment offen.

«Sparprogramm eventuell ins Auge fassen»

Der Tourismus wird arg geschwächt und den Konzessionsgemeinden dürften in nicht allzu ferner Zukunft auch noch die Wasserzinsen gekürzt werden: Es könnte düster werden.

Es gibt ein paar schwergewichtige Herausforderungen für uns, ja. Von einer Kürzung der Wasserzinsen reden wir aber nicht.

Das Mittelland schon, und zwar schon recht laut.

Es ist davon auszugehen, dass diese Dis-

kussion national geführt werden wird. Dabei werden wir aber politisch Gegensteuer geben. Als Wasserkanton sind wir auch hier gefordert.

Überall Baustellen – floriert es auch noch irgendwo im Kanton?

Die wirtschaftlichen Perspektiven sind ungewiss, die Herausforderungen vielfältig und gross. Aber es geht uns im Moment noch gut, insbesondere finanziell im Vergleich zu anderen Kantonen.

Sie warnen seit langer Zeit vor den dunklen Wolken am Horizont – nur hat Ihnen kaum jemand geglaubt.

Als Finanzdirektorin steht man im Fokus, wenn die Zahlen rot sind, ja, ja. Aber warten wir jetzt mal ab. Je höher sich der Euro einpendelt, desto besser können wir das verkraften.

Vielleicht hätten Sie bei der Verteilung der Regierungsdepartemente im letzten Herbst zugreifen sollen. Dann wäre jetzt ein anderer Regierungsrat verantwortlich für die roten Zahlen.

Als Finanzdirektorin steht man im Fokus, wenn die Zahlen rot sind, ja, ja. Aber warten wir jetzt mal ab. Je höher sich der Euro einpendelt, desto besser können wir das verkraften.

Irgendwann muss auch der Kanton sparen, dann nämlich, wenn die Steuereinnahmen wegbrechen.

Wir müssen die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Auswirkungen des nationalen Finanzausgleichs und der Unternehmenssteuerreform III abwarten. In einigen Monaten werden wir wissen, wie sehr uns das belastet. Entsprechend müssen wir dann eventuell Vorkehrungen treffen und ein Sparprogramm ins Auge fassen.

Die Kantonsschule erhält einen neuen Trakt, die Bündner Verwaltung ein Bürogebäude – das könnte man zurückstellen.

Sparprogramme beinhalten immer eine Priorisierung und eine mögliche Zurückstellung von Projekten, das ist so. Diese beiden Projekte werden davon aber nicht tangiert, hingegen könnten andere zurückgestellt werden.

Barbara Janom Steiner
 ... ist Regierungsrätin des Kantons Graubünden. Sie steht dem Departement für Finanzen und Gemeinden vor. Die 51-jährige Rechtsanwältin/Executive MBA HSG wurde 2008 in die Regierung gewählt. Die ersten Jahre amtierte sie als Vorseherin des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit. Nach der Wahl von FDP-Regierungsrat Martin Schmid in den Ständerat wechselte sie an die Spitze des Departements für Finanzen und Gemeinden. Janom Steiner gehört der Bürgerlich Demokratischen Partei (BDP) an. Geboren und aufgewachsen ist Janom Steiner in Scuol. Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann in Chur. (mo)



Bild Olivia Item